

# Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Erhöhter Abdruck mit Ausnahme der Sonntage und Festtage nachmittags 3 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Postabnahme monatlich 4 Mk., durch unsere Anstalten zugewandt in der Stadt monatlich 4,40 Mk., auf dem Lande 4,50 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 12 Mk., ohne Postzuschlag. Alle Postzustellen und Poststellen sowie unsere Anstalten und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Steuern, Krieg- oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Zeitungspreis 30 Pfg. für die gewöhnliche Kopypresse oder deren Raum. Zeitungspreis 20 Pfg. Restsumme 2 Mk. Bei Wiederholung und Jahresausgabe entsprechender Preisnachlässe. Anzeigenabgaben im amtlichen Teil zur den Behörden die 2. Spalte der Kopypresse 2,50 Pfg., Nachweilungs-Beilage 50 Pfg. Anzeigenabgabe bis zum 1. September 10 Uhr. Für die Möglichkeit der durch Fernruf übermittelten Abrechnung keine Garantie. Jeder Nachdruck ohne schriftliche Genehmigung ist strafbar.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur J. Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästig, für den Inzerenten: Arthur J. Schunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 246.

Sonnabend den 23. Oktober 1920.

79. Jahrgang.

## Ämtlicher Teil.

### Fettverteilung.

Auf den Abschnitt „V“ der Landesfettkarte sowie auf die Krankenbutterkarten werden auf die Zeit vom 25. bis 31. Oktober 1920 50 Gramm Butter ausgegeben. Meißen, am 21. Oktober 1920.

Nr. 1177 II O.

Kommunalverband Meißen-Land.

### Montag den 25. Oktober 1920 vormittags 9—1 Uhr Ausgabe von Rudeln für Minderbemittelte

in Zimmer 2 unter Vorzeigung des im September d. J. ausgegebenen Vons. Preis das Pfund 1,50 Mark.

Wilsdruff, am 22. Oktober 1920.

310

Der Stadtrat.

### Freibank. Rindfleisch, Sonnabend von 9—12 und 1—3 Uhr auf die

Kummern 1011—1960.

Wilsdruff, am 22. Oktober 1920.

Der Stadtrat.

**Sir bitten höflich, Anzeigen bis 10 Uhr vormittags anzugeben.**

### Kleine Zeitung für eilige Leser.

- \* Für Bremen ist eine Verordnung erlassen worden, wonach der Kartoffelhandel konzeptionspflichtig ist.
- \* Die Wahlen zum rheinischen Provinzialparlament ergeben folgendes Bild: Zentrumspartei 118 Mitglieder, Reichsbürgerpartei 88, Unabhängige 10 und die übrigen Parteien 28 Mitglieder.
- \* Neuerdings bietet Frankreich zu hohen Preisen Deutschland Kohlen auf dem Weltmarkt an.
- \* Chamberlain teilte auf eine Anfrage mit, daß die schwebende Schuld Englands 320 418 000 Pfund Sterling betrage.
- \* Die englische Volkswirtin Frau Bankhurst ist wieder freigelassen worden, nachdem sie sich verpfändet hatte, keine kommunistische Propaganda mehr zu treiben.

### Der Riesenkampf in England.

Der herrliche Ausgang des Weltkrieges hat in sozialer Beziehung für England keine dauernde Erleichterung seiner Lage zur Folge gehabt. Allmählich war man geneigt, anzunehmen, daß der englische Arbeiter auf Jahre hinaus sich an den Frachten des Sieges genügen lasse, daß zum mindesten ein längerer Stillstand in dem ewigen Kampf zwischen Kapital und Arbeit eintreten werde, währenddessen die Sorgen der Welt sich in aller Ruhe auf die neuen Aufgaben, die ihnen erwachsen sind, vorbereiten könnten. Aber auch diese Erwartung hat getrogen wie so vieles andere. Die besiegten Völker sind freilich kaum daß ihre militärische und wirtschaftliche Niederlage entschieden war, in einen furchtbaren Strudel sozialer Umwälzungen hineingeraten, ohne daß die westlichen Staaten davon im mindesten berührt wurden. Aber daß damit kein dauernder Ruhezustand gewährleistet ist, beweist schon die kritische Zuspitzung der Arbeiterbewegung in Italien, die nur mit Mühe und wohl auch nur mit vorübergehender Wirkung beänstigt werden konnte; beweist ferner der gewaltige Lohnkampf der britischen Bergarbeiter, den keine Regierungskunst, keine Erdemweisheit viel erfahrener Staatsmänner zu verhüten verstand. Seit Wochen, seit Monaten ist um diese Entscheidung in zähen Verhandlungen gerungen worden: Wiegen oder brechen ließ die Lösung. Aber alle Geschmeidelei helmsüchtiger Diplomatie verfolgte in diesem Falle, und so stehen sich Kapital und Arbeit wieder einmal auf englischem Boden bis an die Zähne bewaffnet gegenüber.

Der Keim des Kampfes, der jetzt ausgefochten werden soll, liegt in den Preismaßnahmen der englischen Regierung gegenüber den Kohlengruben des Landes. Sie wurden unter staatlicher Kontrolle genommen, die selbstverständlich auch auf die Interessen der Arbeiterklasse weitgehende Rücksicht ansah. Es war vorgesehen, daß die Arbeiter, als der Krieg sich ein Jahr um das andere hinzieht, an diesem Zustand der Kohlenwirtschaft mehr und mehr Gefallen finden würden und die Regierung war deshalb nichts weniger als überrascht von der Forderung der Grubenarbeiter-Organisationen, daß die Bergwerke endlich vom Staate zu übernehmen seien. Mit aller Gründlichkeit ließ man sich auf Untersuchungen und Verhandlungen über diese ungemein weitreichende Frage ein, um schließlich, als der Friede wieder im Lande war, zu erklären, daß von einer Verstaatlichung auf diesem Gebiete aus schwerwiegendsten volkswirtschaftlichen Gründen nicht die Rede sein kann. Die Arbeiter ließen sich denn auch von der Unmöglichkeit ihres Verlangens überzeugen, so weit wenigstens, wie es in diesen Dingen, in die ja, bewußt oder unbewußt, politische Machtansprüche immer und überall mit hineinspielen, eben möglich ist, über die trennenden Gründe sozialer Gegensätze hinweg sachliche Notwendigkeit zur Geltung zu bringen. Um so schärfer traten die Arbeiterführer seitdem in allen Lohnfragen auf. Aber sie schwenkten sich nach und nach auch für die englische Weltwirtschaft die Preisfragen auf Arbeits- und Warenmarkt gestellt, um so ängstlicher mußten die unausweichlichen Rückwirkungen jeder Unkostensteigerung in der Kohlenwirtschaft auf Produktion, Handel und Verbrauch, auf Einfuhr und Ausfuhr bedacht werden. Hier sah die Regierung ungleich früher eine nicht zu überschreitende Grenze kommen als die Arbeiterklasse. Ihre Bemühungen, einen Ausgleich zwischen den widerstreitenden Interessen zu finden, hatten nur den Erfolg, die Entscheidung hinauszuschieben und Zeit zu gewinnen. Seit für die eigene Rüstung zur Abwehr des Kampfes, wenn er doch kommen sollte; und in der Tat soll die Regierung mittlerweile alle Vorkehrungen getroffen

haben, um für einige Wochen wenigstens in Ruhe den Gang der Dinge abwarten zu können.

In der gleichen Zeit ist aber auch die Kampf Stimmung der Arbeiter auf den Siebelpunkt gekommen. Die Bewegung hat sofort mit einer ungeheuren Wucht eingesetzt und sie greift mit einer so überwältigenden Schnelligkeit auf die wichtigsten Arbeitsgebiete des Königreiches über, daß wohl auch Herr Lloyd George schon etwas bange geworden sein dürfte. Natürlich stellt er sich, nachdem alle seine Vermählungen um eine friedliche Beilegung des Konflikts vergeblich geblieben sind, auf Unnachgiebigkeit ein, lehnt Vermittlungsvorschläge, die von anderer Seite kommen, ab und will auch weiterhin nichts mehr vom Parlamentieren wissen. Wer den Kampf will, hat diesen Kampf immer noch kampfbereit gefunden. Zwischen ihm und den Bergarbeitern muß es sich nun entscheiden, wer liegen, wer unterliegen soll. Der Ausgang dieser riesenhafte Streikbewegung wird nicht bloß für England auf lange Zeit hinaus von Bedeutung sein.

### Die neue Besitzsteuer.

Erfassung bis 80 % des Zuwachses.

Die Reichsregierung hat außer gesetzgeberischen Maßnahmen zur beschleunigten Eingliederung des Notopfer, die Einführung einer Besitzsteuer vom Vermögenszuwachs in Aussicht genommen, um dadurch weiter eine Verminderung der schwebenden Schulden des Reiches zu erzielen. In Ergänzung dazu erklärt man: Da die durch das Gesetz vom Juli 1918 eingeführte Vermögenszuwachssteuer mit ihren Schäden in keinem Verhältnis zu den Steuererträgen steht, die sich infolge der ungünstigen Finanzlage des Reiches bei allen anderen Steuern geltend, so stellt die Erhöhung der Sätze bei der Besitzsteuer vom Vermögenszuwachs nur einen aus den veränderten Verhältnissen sich folgerichtig ergebenden Ausbau des Gesetzes vom 1918 dar. Da die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs, die als eine einmalige Belastung mit konstatatorischer Wirkung anzusehen ist, nur den Zuwachs bis zum 30. Juni 1919 umfaßt, so war für die Finanzleitung des Reiches in dem Vermögenszuwachs der Folgezeit noch eine weitere Steuerquelle gegeben, deren wirksame Erfassung sie sich jetzt zur Aufgabe gemacht hat. Diese Besitzsteuer dürfte hinsichtlich ihrer belastenden Wirkung in der Mitte zwischen der Steuer von 1918 und der Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs stehen. Es ist anzunehmen, daß bis zu 80 % des Zuwachses erzielt werden, daß aber, um das Spatzen der Kleinfamilien und Rentnern nicht zu unterbinden, geringe Vermögensermehrungen bei kleinen Kapitalien nur mit einer geringen Abgabe belastet werden bzw. hiervon völlig frei bleiben.

### Deutsche Lieferungen nach Rußland.

Locomotiven für 600 Millionen Goldmark.

Nach einer Meldung aus Spen steht der Abschluß eines für die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft überaus wichtigen Vertrages zwischen Sowjetrußland und der deutschen Regierung unmittelbar bevor. Es handelt sich um die von Minister Simons bereits vor einiger Zeit erwähnte Bestellung russischer Locomotiven in Deutschland. Diese Bestellung sollte erst nach England gegeben werden, aber die englischen Forderungen waren zu hoch, so daß sich die Sowjetregierung russisch, in Deutschland die Locomotiven bauen zu lassen. Bei dem Auftrage, der sich auf etwa 600 Millionen Goldmark beläuft, ist allerdings die Bestimmung getroffen, daß er in Wirklichkeit erst dann erteilt wird, wenn der russisch-polnische Streit beigelegt ist. Die Verträge sind aber in allen ihren Einzelheiten bereits fertiggestellt und harrten nur noch der Unterzeichnung. Die russischen Gelder sind bei zwei auswärtigen Banken angelegt, wo der deutschen Regierung entsprechende Kredite für Lebensmittel- und Rohstoffankauf eröffnet werden. Für die Ausführung der russischen Eisenlieferung hat sich in der deutschen Industrie ein Konzern gebildet.

### Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

\* **Eugen und Malmedy vor dem Völkerbundrat.** Im Völkerbundrat zu Brüssel wurde beschlossen, zuerst die Frage von Eugen und Malmedy in Angriff zu nehmen. Als zweite Frage wird das neue Statut über Armenien und hierauf die Organisation zur Bekämpfung des Tabaks zur

Sprache kommen. Endlich wird sich der Rat auch mit der Frage der Aufgaben der nur vorübergehend vom Völkerbund eingesetzten Kommissionen befassen.

\* **Der Anteil an den deutschen Tonnagen.** Belgien erhält 15 von den deutschen Handelschiffen, 10 von den deutschen Schiffen kleineren Tonnagegehalts (von 1000 bis 1500 Tonnem) und fünf von den Schiffen mit einem Tonnagegehalt von 2000 bis 4000 Tonnem. Die Schiffe sollen demnach aus England eintreffen.

\* **Das neue Reichsforstgesetz** wird nach Begutachtung durch die Länder und den Reichsforstwirtschaftsrat dem Reichstage zugehen. Nach dem Entwurf sind alle Waldungen so zu bewirtschaften, daß die Holzsucht zum Besten des Gemeinwohles gefördert und sichergestellt wird. Die Länder bewilligen die gesamte Waldwirtschaft nach beendeten Betriebsplänen. Waldrodung ohne Genehmigung ist verboten. Die Länder sind berechtigt, Sondergesetze zu erlassen, die für geeignete Länder die Aufforstung anordnen, gedacht ist hier namentlich an Ostland. Die Gründung von Waldgenossenschaften ist vorgesehen.

\* **Der Entwurf über Volksentscheid,** der nach der Verfassung für wichtige politische Fragen vorgesehen ist, ist in seinen Grundzügen fertiggestellt und wird demnächst Reichsrat und Reichstag zugehen.

\* **Adolf Hoffmann geht nach Moskau.** Aus links-unabhängigen Parteikreisen erfährt man, daß als deutsches Mitglied in die Exekutive der dritten Internationale auf Grund der in Halle ausgesprochenen Einladung der Sowjets Adolf Hoffmann delegiert werden soll. Er wird voraussichtlich in drei Wochen nach Moskau abreisen.

\* **Die Teilung der Kontrawaffe.** Zwischen den links- und rechtsunabhängigen sind Verhandlungen im Gange, um wegen der Übernahme des Parteibureaus, der Teilung des Parteivermögens und der Trennung der Teilungen zu einer Entscheidung zu gelangen. Die Verhandlungen werden von dem Abg. Rechtsanwalt Dr. Herzfeld als Vertreter der Kontrawaffen und dem Abg. Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld als Vertreter des rechten Flügels der Unabhängigen geführt.

\* **Notiz über die Aufgabe der Presse.** Auf der Hauptversammlung des Vereins Deutscher Zeitungsvorleger in Hannover erschien als Gast aus der Oberpfalz der Reichstagsabgeordnete Dr. Rosenfeld. In einer Ansprache hob dieser hervor, daß von der geistigen Ware, die die Zeitungen auf den Markt bringen, zum größten Teil, wenn nicht allein, das Schicksal des deutschen Volkes abhängig ist. Wenn die Zeitungen ihre hohen Aufgaben erfüllen wollen, Führer und Lenker des deutschen Volkes zu sein, müssen sie auch die Möglichkeit wirtschaftlichen Daseins geben. Das färbende Volk der Erde werde in Zukunft das sein, das die beste Presse habe.

\* **Ein Wortbruch Sowjett.** Wie der Reichsminister Dr. Simons im Reichstage mitgeteilt hat, ist den beiden Volkswirten Sosnowski und Sinowjew gestattet worden, in einem Berliner Hotel zu wohnen und ihre Rückreise nach Rußland nach einige Tage aufzuschieben, unter der bindenden Verpflichtung, hier keinerlei politische Verdächtigungen auszusprechen. Die Erlaubnis wurde gegeben, aber von Sosnowski nicht gehalten. Dieser veröffentlicht nämlich trotzdem in dem Berliner kommunistischen Organ einen Aufruf an die englischen Bergarbeiter. Man darf annehmen, daß die Geduld der Reichsregierung nunmehr zu Ende sein wird.

\* **Die oberösterreichische Frage.** Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten behandelte in seiner Sitzung vom Donnerstag die oberösterreichische Frage. Die Verhandlungen waren vertraulicher Natur. Sie werden nächster Tage unter Zuziehung der oberösterreichischen Abgeordneten aus dem deutschen Reichstage und der preussischen Landesversammlung fortgesetzt werden.

### Deutsch-Osterreich.

\* **Osttirol proklamiert den Anschluß an Deutschland.** In Trient wurde in einer Versammlung von Vertretern der Landwirtschaft, der Gewerbetreibenden und der Arbeiter Osttirols namens vieler Bewohner dieses Teils Tirols der Anschluß an Deutschland unter dem Namen „Deutscher Gau Osttirol“ beschlossen. Die österreichische und die deutsche Regierung wurden zur Zustimmung und zur Einleitung weiterer Verhandlungen aufgefordert. Der „Gau Osttirol“ hat bereits eigene Briefmarken herausgegeben. Das Hauptpostamt in Innsbruck hat aber diese Marken für unzulässig erklärt. Bekanntlich wurde durch den Friedensvertrag Ost-